

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.
Leipzig: F. A. BRANDSTETTER, Commissionär
des Dresdner Journals.

Abonnementpreise:
Jährlich: 6 Thlr. — Ngr. in Sachsen.
In Auslande tritt Post- und
Stempelschlag hinzu.

Amtlicher Theil.

Dresden, 21. November. Seine Königliche Hoheit
der Krongr. ist heute Nachmittag 3 1/2 Uhr nach
Weimar gereist.

Dresden, 21. November. Se. Majestät der König
haben allergnädigst geruht, dem Hauptmann Raabe des
4. Infanterie-Bataillons die wegen überkommener In-

Verordnung

über den Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes vom
23. August 1862 das Immobilien-Brand-
versicherungs-Gesetz.
Nachdem die zur Ausführung der ersten allgemeinen
Classification und zur Aufstellung neuer Brandversicherungs-

in seinem ganzen Umfange in Wirksamkeit zu treten hat
und daß dagegen von diesem Tage an die älteren, zeitlich
noch gültig gebliebenen gesetzlichen und verwaltungs-

Das Ministerium des Innern hat deshalb, wie hier-
mit zugleich verordnet wird, den nächsten, auf den 1. April
1864 fallenden Einbehaltungsstermin dergestalt bis zum
1. Juni 1864 verlängert, daß die Einbehaltung der Brand-

Die hierunter weiter nötigen Anordnungen und etwa
zu ertheilenden näheren Anweisungen werden den betref-
fenden Obrigkeiten von der Brand-Ver sicherungs-Com-

Dresden, am 17. November 1863.
Ministerium des Innern.
Frb. v. Beuß.
Schmidel, S.

Feuilleton.

Italienische Skizzen.

(Von H. A.)
I. Galesa.

Wenn sich der Fremde in einer Landstadt des Albaner-
oder Sabinergebirges über den Mangel an Civilisation
und Bequemlichkeit beschwert, pflegt ihm der Eingeborne
zum Troste und mit dem, den Italienern eigenthümlichen
Stolz auf die Vorfälle seiner Vaterstadt zu entgegenen:

Daß die Malaria und die bei derselben durch die
geringste Unvorsichtigkeit herbeigeführten Fieber schon im
Alterthume existirten, unterliegt keinem Zweifel. Bereits
der alte Cato schreibt von Orten, wo man im Sommer
nicht wohnen dürfe. Propertius klagt über die Sommer-
hitze, welche seine geliebte Cynthia auf das Krankenbett
geworfen hat. Horaz nennt den römischen Dichter die
Gewertheit der Todesgöttin, der Libitina, und bittet
den Mäcenas, ihn während der August- und September-
monate von dem Aufenhalte in Rom zu dispensiren, der
Zeit, während der jede, etwas über das Gewöhnliche
hinansteigende geistige oder körperliche Anstrengung ein
Fieber herbeiführen könne. Auch die heutigen Römer
nehmen sich in dieser Beziehung wohl in Acht und
scheitern, wenn sie im Sommer auch noch so wenige
Schritte in der Sonne zu gehen haben, mit einer fast
schonischen Langsamkeit und Aengstlichkeit einher. Unter
Nero Parzen in einem Gerichte in Rom 30,000 Per-

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.

Verordnungen (Deutsche Zeitungen über die schleswig-
holsteinische Thronfolge.)
Tagesgeschichte. Dresden: Besuch Sr. Maj. in der Turn-
lehrerbildungsanstalt. — Wien: Namensfest der Kaiserin.
Aus dem Abgeordnetenhaus. Audienz der evangel. De-
putation aus Ungarn. Einberufung freiwilliger Ober-
gepanne. — Berlin: Kammerverhandlungen. Ver-
setzung eines Abgeordneten. Urtheil im Proceß Spier-
geßhal. Parlamentarische Untersuchungscommission be-
tragt. — Stettin: Ein Schiff mit Pulver für
Polen angehalten. — Hannover: Corpsverhandlungen
ausgeführt. Demonstrationen gegen die Vorposten.
— Wiesbaden: Verfügung bezüglich der Wahlen.
— Sternberg: Landtagsöffnung. — Frankfurt:
Vom Bunde. — Paris: Aus dem georgischen Körper.
Die Congreßfrage. — Bern: Kundgebungen in Genf.
— Madrid: Truppen nach San Domingo. Vermischtes.
London: Protokoll wegen Abtretung der joni-
schen Inseln. — Kopenhagen: Adresse an König
Christian IX. Näheres über die letzte Lage des Kö-
nigs Friedrich VII. — Stockholm: Seeräuberungen.
— St. Petersburg: Gardetruppen aus Polen.
Nachrichten aus dem Kaukasus. — Sankt Petersburg: Kam-
meropposition. — Beirut: Unruhen. — Athen:
Vertagung der Nationalversammlung in Aussicht.
Schleswig-Holstein. (Zusammenstellung der auf die
schleswig-holsteinische Thronfolge bezüglichen Nach-
richten.)
Der polnische Aufstand. (Der Obersteuerrevisor
der Nationalregierung verhaftet. Vermischtes.)
Ernennungen und Beförderungen.
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten. (Stollberg, Unglücksfälle. Scha-
densact.)
Vermischtes.

Beilage.

Zwei politische Versammlungen. II.
Provinzialnachrichten. (Leipzig, Elbau.)
Statistik u. Volkswohlstand.
Freiwil提高. Insekte.

Telegraphische Nachrichten.

Kopenhagen, Sonnabend, 21. November.
Als der König gestern die Glückwünsche der Reichs-
räthsmittglieder beantwortete, sagte derselbe: Das
Grundgesetz habe reife Ueberlegung seinerseits er-
fordert; Ueberlegung sei ja auch bei den Reichs-
räthsmittgliedern notwendig gewesen, die das Ge-
setz Tage und Wochen lang discutirt hätten. Er
hoffe, der Reichsrath werde zu ihm dasselbe Ver-
trauen, wie er zum Reichsrathe. — Als der König
mit der Königin und den Kindern am Fenster
des Schlosses sich zeigte, wurde derselbe vom Volke
enthusiastisch begrüßt.

London, Freitag, 20. November, Nachmittags.
Nach Berichten aus Shanghai vom 9. v. M. er-
wartete man, daß der Major Gordon nächsten
die Stadt Suchow angreifen werde. Verstärkun-
gen waren aus Taihang und Luinsan dorthin
geschickt. Die Nachrichten aus Japan lauten un-
günstig; bewaffnete Scharen zeigen sich in der
Gegend von Kankosaki; Satsuma und andere
Fürsten rufen sich zum Kriege.

ziehung blühendsten Städte Struens, die auch nach
Verlust der Selbstständigkeit großen Wohlstandes genö-
chen, ebenso wenig die blühende Handelsstadt Ostia. In dem
heutigen Neola-Barnese, welches im Gebiete des alten
Nei liegt, in Cervetri, dem alten Cere, vor Allem in
Ostia herrscht die Malaria in furchtbarer Weise, und
verläßt von den Bewohnern, wer nur irgend kann, mit
Beginn des Sommers diese Gegenden. Aus Ostia wer-
den aus diese Zeit selbst die Sträflinge weggebracht.
Ebenso beweist die Anlage von römischen Villen in jetzt
positiv ungesunden Gegenden, wie bei Laurentum, an
der Via-Fiamminia und Clodia, daß das Klima im Alter-
thume ein anderes war. Aller Wahrscheinlichkeit war die
Campagna im Allgemeinen ein gesunder Aufenthalt und
machte nur wenige Striche hiervon eine Ausnahme, wie
die Gegend um die pontinischen Sümpfe, gewisse Striche
des Mersufer, die Straßo ausdrücklich als ungesund
bezeichnet, heruntergekommene und verfallene Stadt-
gebiete, wie das von Ardea. Heutzutage ist die Campa-
gnia, mit Ausnahme der meisten höher gelegenen und
einiger am Meere befindlichen Striche, wie Porto-
d'Anjo und Nettuno, durchweg von der Malaria heim-
gegriffen.
Die Betrachtung der angeführten Beispiele und die
Vergleichung der Zustände der Civilisation in altrömi-
scher Zeit und im heutigen Kirchenstaate lehren zugleich,
daß es die Kultur ist, welche dem Uebel der Malaria
absetzen kann, und daß die Malaria sich erzeugt oder
steigt bei abnehmender und abnimmt oder ganz ver-
schwindet bei zunehmender Kultur. Ja es scheint fast,
als ob lediglich das Zusammenleben vieler Menschen auf
demselben Territorium selbst unter sonst unangünstigen
Bedingungen dem Uebel steuert. Der schmerzliche Specter
in Rom, wo die Juden dicht gedrängt zusammen wohnen,
weil im Sommer von allen römischen Quartieren

Dresden, 21. November.

Die schleswig-holsteinische Thronfolge wird
von den deutschen Blättern im Süden wie im Norden
in demselben Sinne besprochen. Wenn schon die officiellen
Stimmen aus Oesterreich sich zurückhaltender zeigen,
als andere Blätter, so ist doch zu erkennen, daß auch
für sie diese Angelegenheit von hoher Wichtigkeit erscheint.
Die „General-Correspondenz“ z. B. teilt der Meinung
entgegen, als wenn ihr Artikel eine Einseitigkeit
der Execution in Aussicht gestellt habe. Sie sagt:
„Selbstverständlich übrigens kommt es dem Bunde allein
zu, die Tragweite des eingetretenen Zwischensalles zu be-
urtheilen, und der Anlaß hierzu ergibt sich von selbst
bei der bevorstehenden Beschlusfassung über die letzte Er-
klärung, welche der Bundestagsdelegation für Dänemark
und Lauenburg dem Bunde abgegeben hat. Daß jener Zwischens-
fall an sich auf die Sache, welche den Bund
nächstigt, zu Coercitionsmitteln überzugehen, keinen Ein-
fluß auszuüben vermag — braucht gar nicht erst gesagt
zu werden.“ — Andere Wiener Blätter sprechen sich un-
umwunden aus. So die „Presse“: „Wäre es sich im
Verlaufe dieser Verhandlung, welche rasche Entschlüsse
und Thaten erfordert, bewährte, daß die Prognostik
Oesterreich und Preußen gleiche Wege verfolgen. Keine
Gewalt kann sie am Siege hindern, wenn sie diesmal
einzig sind. In dieser Sache giebt es in der deutschen
Presse keine Meinungsverschiedenheit. Die große deutsche
„Allg. Ztg.“ spricht dieselbe Meinung aus, welche die
Organe des Nationalvereins kundgeben.“ — Ferner der
„Posthalter“: „Bei der Wichtigkeit, welche diese ganze
Angelegenheit im jetzigen Augenblicke hat, mahnen wir
uns nicht an zu beurtheilen, welche Bewegung Oester-
reich in der allgemeinen Lage finden kann, diese oder
jense Haltung anzunehmen; nur können wir kaum Be-
weggründe voraussetzen, die ein Preisgeben des deutschen
Interesses anrathen könnten.“ — Die „Constitutionelle
Oesterreichische Zeitung“ schreibt: „Welche Stellung
soll Oesterreich einnehmen? Es ist wahr: es hat
als europäische Großmacht das Londoner Protokoll un-
terschrieben, aber gleichzeitig kann und darf es nach unster-
innigen Ueberzeugung nicht Anderes thun, als was
der Deutsche Bund nicht lassen kann. Es ist hier der
ebenfalls als glückliche Fall vorhanden, daß die Stand-
punkte des legitimen Rechtes der Dynastie, der nationalen
Gerechtigkeiten der Bevölkerung, der Interessen sowohl Schles-
wig-Holsteins, als Gesamtdeutschlands, mit einer klugen,
kräftigen und selbstthätigen Politik zusammenfallen.
Sind der Deutsche Bund, Oesterreich und Preußen
einig, so wird Niemand verhindern, daß die schleswig-
holsteinische Frage in einer dem Rechte, den Interessen
und der Ehre Deutschlands entsprechenden Weise gelöst
werde.“ — Die „Ost-Deutsche Post“ mahnt gleich-
falls: „Sollten die herannahenden Ereignisse keine Auf-
forderung für die beiden deutschen Großmächte sein, sich
gegenseitig zu unterstützen?“ — Preussische mini-
sterielle Blätter sind weniger zurückhaltend, als die Wiener.
So sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:
„Was die beiden deutschen Großmächte betrifft, die das
Protokoll mit unterschrieben haben, so sind auch sie ihrer
dadurch eingegangenen Verpflichtung ledig, weil sie eine
solche nur unter der Bedingung übernommen haben, daß
Dänemark seine in den Jahren 1851—1852 übernom-
menen Pflichten gegen den Deutschen Bund in Bezug
auf die Herzogthümer erfüllen würde. Der Art. III. des
Protokolls bestimmt ausdrücklich, daß durch den Vertrag
die gegenseitigen Verpflichtungen und Rechte Dänemarks
und des Bundes nicht verändert werden sollen. Es ist
aber bekannt, wie die Vereinbarungen von 1851—1852
von Dänemark beachtet und durch das Patent vom 30. März
d. J. und durch die Abtretung über das Reichsgrund-
gesetz ganz aufgehoben worden sind. Vor der Entsch-
cheidung über die Thronfolge treten daher die andern schwe-
benden Differenzen zurück.“ — Die „Neue Preussische
Zeitung“ bemerkt unter Anderem: „Mit der Unterzeich-
nung dieses neuen Staatsvertrages, das die Incorporation
Schleswig-Holsteins ausdrückt, hat der König von Dä-
nemark alle Beträge und Zusagen gegen Deutschland ge-
brochen und sich Rechte angeeignet, die ihm niemals zu-

Dresden, 21. November.

gestanden. Die Dänen wollen den Krieg, wie es scheint,
— Preussische liberale Blätter fordern ohne Umstände
das Einrücken preussischer Truppen in die Herzogthümer.
— In den mittel- und süddeutschen Blättern sind vor
Allen die officiellen Stimmen zu beachten. Der „Staats-
anzeiger für Württemberg“ sagt: „Es trete jetzt
die Frage ein, welche schon lange erörtert wird, ob näm-
lich der sogenannte Protokollvertrag, Prinz Christian, den
Gesamttitron Dänemarks befreit, oder ob das Reich
in zwei Theile zerfällt, und die schleswig-holsteinische Frage
von selbst ihrer Erledigung zugeführt wird, da neher der
Deutsche Bund die durch das Londoner Protokoll will-
kürlich veränderte Erbfolgeordnung genehmigt, noch die
zur Nachfolge berechnigte Augustenburger Linie dieselbe
anerkannt hat.“ — Die officiellen „Karlsruher Zei-
tung“ enthält einen nachdrücklichen Artikel für die Rechte
des Herzogs, in welchem es heißt: „Die Lösung der Erb-
folgefrage kann nicht vertagt, nicht umgangen werden.
Das Schicksal Schleswig-Holsteins wird in der nächsten
Zukunft entschieden. Von Deutschlands Haltung, von
dem festen Entschlusse, in diesem Augenblicke ohne alle
Rücksicht für das Recht der ihm angehörigen und ver-
wandten Herzogthümer einzutreten, wird es abhängen,
wie sich die Zukunft Schleswig-Holsteins gestalten.“ —
Die „Weimariische Zeitung“ sagt nach einer Er-
örterung des Sachverhältnisses: „Das Oesterreich beruft
auf den Thron von Schleswig und Holstein den Erb-
prinzen von Augustenburg, auf den von Lauenburg unter
mehreren Präbentenen (Königreich Sachsen, Mecklenburg,
Anhalt) auch das Ernestinische Haus Sachsen. Wir
hören, daß von Koburg-Gotha der Erbprinz von Augusten-
burg als regierender Herzog von Schleswig-Holstein be-
reits anerkannt worden; wir hoffen, daß ein königlicher
Gesandter des neuen Königs am Bundestage nicht mehr
Sitz und Stimme haben, daß alleinig das Rechte ge-
schehen wird, und können dies für Weimar in Aussicht
stellen.“ — Die „Gotthaische Zeitung“ enthält eine
längere Erörterung der Successionsrechte, welche schließt:
„Die Stellung des Deutschen Bundes aber ist in dieser
Sache frei von Zweifeln. Der Deutsche Bund kann nur
den bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augusten-
burg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen, und
es darf nicht bezweifelt werden, daß er das Recht dieses
legitimen Fürsten mit den erforderlichen Mitteln schützen
und, da nöthig, in volle Wirksamkeit setzen werde. Wel-
che deutschen Fürsten Recht wäre noch sicher, wenn dieses
dem Auslande zum Opfer fiel!“

Tagesgeschichte.

Dresden, 21. November. Heute Nachmittag 2 Uhr
besprachen Se. Majestät der König die auf der Garub-
straße neben dem Johannisplatze neu erbaute Turn-
lehrerbildungsanstalt mit Ihrem Besuche. Se. Maje-
stät wurden hieselbst von dem Director der Anstalt,
Dr. Rios, empfangen und durch die neuen Anstalts-
räume geleitet, über welche Se. Majestät Ihre besondere
Befriedigung aussprachen. Beim Betreten des Turn-
platzes wurden Se. Majestät von der dort aufgestellten
Jugend mit einem Hoch empfangen, worauf im Freien
ein improvisirtes Turnen an den einzelnen Geräthen
begann, welchem Se. Majestät mit sichtbarem Vergnügen
zufahen. Es waren hier gegen 700 Jünglinge der
Kreuzschule, des Friedrichs-Königs-Seminars und der L. Bür-
gerschule zusammen.
Bei der schon rauhen Herbstwitterung wurde das Turn-
en im Freien nicht lange ausgeübt, dagegen im Turn-
saale nacheinander eine Gymnastikvorlesung, eine Seminar-
klasse und eine Mädchenklasse im Turnen unterrichtet
und damit die eigentliche Behandlung der einzelnen Schul-
klassen dargelegt. Zum Schluß geruhten Se. Majestät
eine Vorlesung anzuhören, welche Dir. Dr. Rios über die
physiologischen Wirkungen der Leibesübung für die ge-
genwärtig bei der Anstalt cursirenden Turnlehrer hielt,
und verließen in Begleitung Sr. Excellenz des Herrn
Staatsministers v. Falkenstein und des geh. Kirchenraths
Dr. Gilbert die Anstalt unter Begleitung Ihrer Aufre-
denheit.

verhältnismäßig am wenigsten von klimatischen Fiebern
heimgegriffen.
Ueber die unmittelbare Ursache der Malaria ist viel-
fach geforscht worden, doch bisher ohne durchschlagendes
Resultat. Mit durchgehender Gewissheit kann man an-
nehmen, daß sie in der Campagna in morastigen Gegen-
den herrscht oder wo sich in sonst weicher Weise stagni-
rendes Wasser gesammelt hat. Hieraus läßt sich die
Erstanz des Uebels in der Gegend der pontinischen
Sümpfe und an der verumpften Tibermündung, bei
Ostia, erklären. Doch giebt es Striche, wo man mit
dieser Erklärung nicht ausreicht. Cervetri zum Beispiel
ist trocken und sandig. Ebenjowenig kommt man mit
dieser Erklärung aus bei dem furchtbaren Fieber,
welches der Einfluß der Malaria in Latium zurückge-
lassen hat, bei der verlassenen Stadt Galesa. Sie liegt,
nenn man von Rom kommt, zwei Meilen links ab
von der Via Clodia, auf dem Bergrücken, welcher sich
am linken Ufer des Arno, des natürlichen Abflusses
des Sees von Bracciano, des alten lacus Sabotinus, hin-
zieht, und liefert uns zugleich ein Beispiel, daß eine
hohe Lage nicht durchgängig die Malaria ausschließt.
Wann die Stadt gegründet wurde, ist nicht bekannt, auch
nicht, ob an dieser Stelle im Alterthume eine etruskische
oder römische Stadt lag. Im 12. und 13. Jahrhundert
treten die Grafen von Galesa bedeutend hervor und
herrschen (mehr oder minder von Bracciano aus beschränkt)
bis an die Ufer des Sees und bis Velletri zu. Im
13. Jahrhundert kam die Stadt in den Besitz der Orsini,
die es bis 1670 hielten. Von da an bis Ende des
vorigen Jahrhunderts ist in den heutzutage zugänglichen
Geschichtsbüchern über das Schicksal der Stadt Nichts
überliefert. Die letzte Notiz datirt aus dem Ende des
vorigen Jahrhunderts: Wegen des schrecklichen Ueber-
handnehmens der Malaria sogte die Municipalsität den

Wien, 19. November. (Botik.) Die Steuern wurden in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in demselben Ausmaß genehmigt...

Wien, 20. November. (Bl.) Das Namensfest Ihrer Maj. der Kaiserin wurde gestern in allen Kirchen Wien feierlich begangen...

Se. Majestät hat vorgestern die Deputation des evangelischen Generalconsents aus Ungarn empfangen und auf die Ansprache des Vorsitzenden Freiherrn v. Prohászky...

Wien, 20. November. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses richteten der Abg. Rehbauer und 25 Genossen nachstehende Interpellation an den Grafen Rechberg...

Berlin, 19. November. Im Abgeordnetenhause fand heute die Beratung über die Verordnung vom 1. Juni wegen des Verfalls von Leihungen und Zeitrenten statt...

Wien, 20. November. Die Abtheilung der Angelegenheiten über die Vertheilung der Reichsrenten hat sich heute in der Sitzung des Reichsraths versammelt...

Dresden. Herr Hofrath Dr. Gräbe beschäftigte sich in seiner, Donnerstag den 19. November im naturhistorischen Vereine im Zwinger abgehaltenen Vortragsung zuerst mit der Sage von Klytaon...

der Kammer; nun liegt es auf der Hand, daß wenn Kammer am 29. Mai einfallen werden, sie am 1. Juni noch keine Zustimmung geben könnten...

Der Minister des Innern berichtet dem Vernehmen das Recht, die Kompetenzen der Verwaltungsämter zu bestimmen...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Dresden. Herr Hofrath Dr. Gräbe beschäftigte sich in seiner, Donnerstag den 19. November im naturhistorischen Vereine im Zwinger abgehaltenen Vortragsung zuerst mit der Sage von Klytaon...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...

Der Minister des Innern hat die heute in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses...



von 482 bei der Wahl erschienen waren. Ganz dieselbe

Paris, 19. November. (R. A.) Seitern hat Lord

Bern, 17. November. (R. A.) Aus Bern ist an

Madrid, 19. November. (Tel.) Die spanische

London, 18. November. Der „Morning Herald“

Reichenbach, 17. November. (H. G.) Die Adresse

so großen Gefahren umgeben ist, daß derselbe nur durch

— Ueber die letzte Krankheit König Fried-

— 18. November. (H. G.) Der König hatte es

Der polnische Aufstand. Aus St. Petersburg, 16. November, wird dem

Stochholm, 20. November. (Tel.) Es ist der

St. Petersburg, 17. November. (H. G.) Die erste

Bukarest, 18. November. (Wand.) Die Consti-

Belgrad, 1. November. Die Unruhen der Beduinen-

Athen, 13. November. (H. A.) So wird von Ver-

Schleswig-Holstein.

Das am 17. d. M. angegebene Gehe- u. Minister-

Der Wiener „Wanderer“ bringt ein Berliner Tele-

Ein Telegramm aus Hamburg vom gestrigen (Frei-

Nach den der „A. B. Z.“ aus Kopenhagen zuge-

Der Erbprinz von Anhalt-Bernburg soll in Ber-

Der polnische Aufstand.

Aus St. Petersburg, 16. November, wird dem

Stochholm, 20. November. (Tel.) Es ist der

rechte Mann, der Oberrechner der unter

Kalisch, 19. November. (H. A.) In Aletz wurde

Kattowitz, 19. November. (Schl. A.) Ueber die

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Bei der Postverwaltung ist ernannt worden: Karl

Dresdner Nachrichten

— Im Locale des sächsischen Kunstvereins auf

Provinzialnachrichten.

Stollberg, 13. November. Durch den Sturm des

(Schadenfeuer.) In Erlau bei Wittweide bran-

(Unfälle.) Am 9. d. M. wurde die auf dem

Vermischtes.

* Aus München wird berichtet: Als am 11. d. Nach-

Zwei politische Versammlungen.

Nachdem das „Dresdner Journal“ einen stenographischen Bericht über die letzte Generalversammlung des Nationalvereins in Leipzig gebracht hatte, sollte es vor einigen Tagen seinen Lesern auch den Wortlaut der am 25. October stattgefundenen Verhandlungen der „großdeutschen Versammlung zu Frankfurt a. M.“ mit. In diesen beiden Berichten ist ein klares Bild der Gegensätze gegeben, welche die öffentliche Meinung in Deutschland bezüglich der Bundesreform jetzt bewegen. Nachdem wir den Lesern das volle Material gegeben haben, konnte uns genugsam nicht der sonst leicht zu vernehmende Vorwurf treffen, daß eine kritische Durchsicht der Verhandlungen des Nationalvereins, wie sie das „Dresdner Journal“ vor einigen Tagen gegeben hat, eine nicht ganz zutreffende Erörterung des Wesens und der Tendenzen des Nationalvereins wäre, da sie nur Einzelnes, aus dem Zusammenhange Gerissenem hervorgehe und dadurch die Verhandlungen so zu kennzeichnen suche, wie man es eben wollte. Unsern Lesern war vorab das volle Material gegeben, auf welches sich unsere Kritik stützt. Populär und gerecht konnte man nicht zu Werke gehen, und mußten unsere kritischen Bemerkungen auf ein Resultat hinauslaufen, welches die Verhandlungen des Nationalvereins als jeder politischen Klarheit über Ziele und Mittel entbehrend, in fortwährenden Widersprüchen sich bewegend und nicht selten mit den schlimmsten politischen Leidenschaften spielend darstellte, so kann dies für die Theilnehmer am Nationalverein keinen gerechten Grund abgeben, sich über eine unbillige Kritik zu beschweren, sondern ihnen nur den Wunsch nahe legen, die Verhandlungen möchten anders gerichtet gewesen sein.

Wenn wir heute daran gehen, auch den Frankfurter Verhandlungen der großdeutschen Versammlung eine Besprechung zu widmen, so bietet sich der Vergleich mit der Generalversammlung des Nationalvereins von selbst dar. Dasselbe Thema wurde dort wie hier besprochen, die Tendenzen der beiden Vereine wurden von dem andern kritisiert. Beide Verhandlungen bieten sich als der Ausdruck von politischen Meinungen, welche in der Presse in stetem Kampfe mit einander liegen. Der Standpunkt unserer Besprechung soll nicht der sein, Partei zu ergreifen. Gemüthlich sieht uns die politische Aufregung der großdeutschen Versammlung sehr, sehr viel näher, als die des Nationalvereins. Dem größern Interesse am ersten ordnen wir aber nicht unsere Kritik unter, wir stehen außerhalb einer Parteipolitik, welche solche Fügung wohl fordern mag. So ist die Anerkennung anzusetzen, welche wir in den folgenden Seiten für die Frankfurter Verhandlungen haben mögen, so auch die, wo wir mit ihnen nicht übereinstimmen.

Am zunächst ganz abgesehen von jedem politischen Standpunkte, weisen wir darauf hin, wie in der Form der Verhandlungen der großdeutschen Versammlung von denen des Nationalvereins unterschieden. Da kein feines Nütziges und Nützliches der Regierungen gegenüber die Rede, man hörte keine Anspielungen revolutionärer Hoffnungen, man hörte sich, ein Wort zu sagen, was einem Wunsche nach feindlicher Haltung Deutschlands Ausdruck gegeben hätte, man war entfernt von der Selbstüberhebung, sich für eine Vertreterin der Nation zu halten, zu thun, als ob man ihrem Namen spreche, als ob man den Regierungen gegenüber eine gleichberechtigte Macht repräsentiere. Und damit halte man zusammen, was im Nationalverein prominent wurde: die fortwährenden offenen oder versteckten Verfassungen auf kommende revolutionäre Ereignisse, die Conventualität, die Appellationen ans „völkische Schwert“, die janaischen Ausbrüche des Hasses gegen Oesterreich, die anmaßlichen Worte Regierungen und Willen gegenüber! Immer noch abgesehen vom politischen Standpunkte selbst, ist jedwede noch eine Verletzung der Klarheit anzusehen, welche sich in den Mitteln und Zielen der beiderseitigen Politik ausdrückt. Im Nationalverein konnte man nicht Rede stehen über die Ziele der Bundesreform mit „preussischer Spitze“ und Ausschluß Oesterreichs wurde bald aufgestellt, bald gelagert, bald diese Frage den künftigen Verhältnissen in Lösung anheimgegeben und nicht verjährt, man konnte nicht einmüthig für den Einheitsgedanken agieren, denn so verschieden waren die Mittel. Verschiedene Kationen, aber nur „dem Begriffe nach“ gleich, Parlament, Convent, Revolution und Krieg! Der angemessene Antrag war theils voller innerer Widersprüche, theils jeder Realität entbehrend. Die großdeutsche Versammlung schloß sich an ein bestimmtes Programm an, dessen Ausführung seit der Weg gebahnt war, wie es nur jemals mit einem deutschen Reformwunsche der Welt gewesen ist. Sie sagte jenen Programmen keine Wünsche

hinzu, welche nach Lage der Dinge nicht erfüllt werden konnten, sicher nicht aus Lieblichkeit gegen die Regierungen — die Verhandlungen zeigten sich von der richtigen Seite fern! — sondern aus der richtigen politischen Einsicht, daß man Nichts fordern müsse, als was mit dem Gesamtorganismus der Reformacte genau zusammenhing, daß man nicht durch Anträge, welche die Sache verwirrten, eine hoffnungsvolle Reform erschweren dürfe, und daß es vor Allem die Aufgabe der Gegenwart sein müsse, die Reform, zu welcher sich die deutschen Fürsten fast einhellig bereit erklärt, festzubalten, ihre Einführung zu beschleunigen, ihre Fortentwicklung aber getrost der Zukunft zu überlassen. Die Mittel zur Ausführung waren im Programm selbst gegeben, sie beruhen auf friedlichem Zusammenwirken der Regierungen und Landesvertretungen. Selbst wo man in dieser Beziehung das angenommene Programm zu erweitern beabsichtigte, hielt man sowohl den Rechtsorganismus des Programms, als auch das bestehende Recht sorgsam im Auge und schlug einen Weg ein, auf dem sich die Reform und das Bundesrecht die Hand reichten. Die Folge dieser hinterhaltigen Klarheit war, daß es in der Versammlung nicht ein einziges „Widerständniß“ zu verzeichnen gab und daß, bis auf eine einzige unbedeutende Ausnahme, alle Redner sich in Uebereinstimmung mit dem Ausschusse antrage befanden. Damit vergleiche man die zahlreichen „Widerständnisse“, welche in den Reden bei der Nationalvereinsversammlung eine so große Rolle spielten, die von verschiedenen Seiten gefällenen Erörungen, aus dem Verein zu treten, und die Opposition, welche der Ausschussantrag, ja das ganze Nationalvereinsprogramm fand, — wirklich so viel Köpfe, so viel Sinne! Endlich ist noch, ohne politische Parteilichkeit zu betheiligen, die Zusammenhänge der Verhandlungen in Leipzig und Frankfurt in Vergleich zu stellen. Wir wissen wohl, daß von der demokratischen Presse die Meinung verbreitet wird: Wer den höhern Gesellschaftsständen angehört, Wer sich in einem Amte befindet, das ihm politisches Studium nahe legt, Wer von Adel — der sei bis zum Grunde des Geistes als Gegner des nationalen Aufschwunges, Particularist, Volksfeind, Reactionär, Ultramontaner zu betrachten, und was noch alles zu dem Nationalverein gehört, das die Gegner des Nationalvereins bilden soll! Die von solchen Berufsleuten benommen sind, denen concideren wir: die großdeutsche Versammlung war allerdings überwiegend aus diesen Elementen zusammengesetzt. Wer aber der Meinung ist, daß Erfahrungen und Kenntnisse, reise Ueberzeugung sowie geachtete Lebensstellung und geistige Erziehung eher ein besonnenes und eindringendes politisches Urtheil schaffen, als Parteilichkeit, Ungeduld, Theorienjägeri und Gleichgültigkeit gegen die Wohlthaten aller Völkchen — den wird die Zusammenhänge der Frankfurter Versammlung aus so viel intelligenten, geachteten, zum Theil in hohen Stellungen sich befindenden, zum Theil mit dem Entwicklungsfreude der deutschen Nation innig verbundenen Männern eine Bürgschaft für die Reinheit des Strebens, ein Unterpfand für die politische Klugheit der gefaßten Beschlüsse sein. Auch bezüglich der geographischen Verteilung der Theilnehmer wäre dem Nationalverein gegenüber hervorzuheben, daß in Frankfurt viel mehr, als in Leipzig alle deutschen Volkstämme vertreten waren. Während in Leipzig kein Oesterreicher war, waren in Frankfurt 8 Preußen, sowie überhaupt viel Norddeutsche einen hervorragenden Antheil an den Verhandlungen nahmen. Die Verhandlungen an beiden Orten entsprachen dieser Composition. In Leipzig hätte kein Oesterreicher zudröhen können, selbst auf die wenigen übrigen Süddeutschen, welche dort waren, wurde so wenig Rücksicht genommen, daß von einer Seite die Ausschussemitglieder sich beschwerten lassen mußten, nicht einer Feindseligkeit gegen den Süden sich hingeben, die zu den traurigsten Resultaten führen müßte. In Frankfurt konnte kein Deutscher sich verletzt fühlen. Wenn auch natürlich von dem politischen Standpunkte aus, den man dort einnahm, die Politik Preußens stark gefärbt wurde, so war dies nicht mit Anerkennung dessen, was Preußen für Deutschland bedeutet, verbunden. Eine Unterschätzung in dieser Beziehung, eine historische Erniedrigung Preußens, Inveetiven gegen die preussische Regierung waren nicht zu hören, obwohl Parteilicher hierfür wohl ebenso reichem Stoff entdeht haben würde, wie in Leipzig gegen Oesterreich.

Nachdem wir so im Allgemeinen die Gegensätze gezeichnet haben, welche sich im Vergleich auf die äußere Form zwischen den Versammlungen in Leipzig und Frankfurt geltend machten, geben wir dazu über, aus den Frankfurter Verhandlungen dasjenige hervorzuheben, was am besten ihre politische Signatur in den Kämpfen der Gegenwart feststellt.

Solo aus der „Belagerung von Korinth“ von Rossini &c.) und Quartettstücke aufgeführt werden, seine bereits früher bewährte Leistungsfähigkeit. Am 12. November fand im Casino saale das erste Abonnemntconcert des Stadtorchesters statt, in welchem Fräulein Bondy aus London als Pianistin und Fräulein Harry vom Leipziger Stadttheater als Sängerin mitwirkten. Die Vorträge der Fräulein (6-moll-Concert mit Orchester von Hoffmanns, Concerte von Chopin und Concertparaphrase von Liszt) liegen zwar in Beziehung auf Ausdruck und Kraft zu wünschen übrig, zeigten aber im Allgemeinen ein entschiedenes Talent, auch eine bereits in vorgeschrittenem Grade entwickelte Technik, Eigenschaften, welche der jungen Künstlerin bei ihrem weiteren Aufwärtstreden wesentlich von Nutzen sein werden. Fräulein Harry sang Scene und Air aus „Don Juan“ sowie zwei Lieder am Clavier: „Die stille Wasserrose“ von Böhmer und „Tadolinmalger“ von Benzano, und zeichnete sich wie durch ihr herrliches Organ so durch gute Colocatur und überhaupt ausdrucksvollen Vortrag aus. Der Gesangsverein von Benzano war eine beachtliche Wahl, noch beachtlicher aber war die Wiederholung dieses völlig bedeutungslosen Wackermers, dergleichen einem Concerte, das zu höhern Ansprüchen berechtigt soll, fern bleiben möchte. Beide Damen empfingen übrigens wohlverdienten reichlichen Beifall. Das Orchester spielte die Concertouvertüre aus „Tanzen und eine Nacht“ von Lambert, eine zwar mit großem Geschick gemachte Composition, die aber nach Besonderheiten fast, ohne ein klares Ziel zu treffen, und darum endet, ohne einen befriedigenden Eindruck zu hinterlassen, sowie die Symphonie H-moll von Fr. Spindler, ein gefälliges, glattes Musikwerk, dem jedoch ein tiefer Gedankenausdruck abgeht. Die Ausführung beider Orchesterwerke war eine höchst lobenswerthe.

In der Eröffnungsrede weist Freiherr v. Lerchenfeld der großdeutschen Versammlung ihre Stellung in den Reformbestrebungen der Gegenwart an. Mit Freimuth worten die das deutsche Nationalgefühl deprimierenden Zustände geseichnet, wie sie namentlich bei dem letzten italienischen Kriege sich zeigten. Der Erkenntniß dieser Zustände sei auf einer Seite eine Verzweiflungspolitik entsproungen, welche den Ausschluß Oesterreichs verlangt habe, weil sie so allein die Möglichkeit, das übrige Deutschland fester zu einigen, sehe. Man übersehe dabei aber, daß ein Deutschland ohne Oesterreich die wahrhaft großen germanischen Kulturziele nicht erfüllen könne und andern großen Mächten immer noch nicht gewachsen sein würde. Gegen diese Richtung habe sich deshalb der großdeutsche Verein erhoben. Das Delegatenproject, in dem er vor einem Jahre den Anfang zu einer Reform in seinem Sinne begründet, habe diese Erwartung nicht getäuht; jetzt liege eine vollständige Reformacte vor, welche eine kräftigere Executive, eine constitutionelle Vertretung und ein Bundesgericht biete. Man solle sich zugleich nach solchen Erziehungsinstitutionen, welche noch vor 10 Jahren mit Brecken als Erfüllung höchster Wünsche begrüßt sein würden; aber die deutsche Natur sei leider nur einmal zu kritisch gestimmt, und nicht noch ein kleiner Mangel daran sei, und finde man einen solchen, so sei man geneigt, das Ganze zurückzuziehen. Dazu komme der Widerstand der kleindeutschen Partei, in deren Gedanken sich Preußens Regierung und größter Theil des Volkes leider begnügen. Freuen sich bei einer solchen Haltung selbst den größten Gefahren aus. Wer es wohl mit ihm meine, die hohe Bedeutung seiner Macht für Deutschland würdige, müsse wünschen, daß es nicht erst durch alle Erfahrungen zur Eintracht mit dem Reformwerke geführt werde, daß dies vielmehr auf dem Wege der Ueberzeugung sich erreichen lasse. Diesem Streben gelte die Wirksamkeit des großdeutschen Vereins.

Das Herr v. Widenbrugg darauf zur Empfehlung des Ausschusses antrage, ist in der Hauptsache eine vollständige, ebenso scharfsinnige, als schmerzvolle Vertheilung der Reformacte gegen die von kleindeutscher und demokratischer Seite gemachten Ausweisungen, denn die in dem Ausschusse antrage enthaltenen Wünsche in Bezug auf liberale Erweiterung der Acte entzernen sich nicht von dem Grundgedanken der Acte, sind weniger eine Abänderung, als eine Entwicklung derselben. Der Satz des Ausschusses antrages, in welchem die Reformacte als eine Grundlage für die Entwicklung der deutschen Verfassung „zu freierer Einheit und größerer Freiheit“ hingestellt wird, steht allerdings in geradem Widerspruch zu dem vom Nationalverein angenommenen Antrage, nach dem in der Reformacte alle Gebrochen der Bundesverfassung bestehen blieben, ja ein Rückschritt gegen diese gemacht werden soll. Herr Widenbrugg hatte im Nationalvereine die drei Hauptprincipien der Reformacte, das Directorium, die Volksoverretung und das Bundesgericht dahin kritisiert, daß in dem erstem wegen der Theilnahme beider Grenzstaaten und der verwickelten Stellung der Mittelstaaten keine Gewähr für energisches Handeln in Zeiten der Gefahr, vielmehr das „Aneinanderberufen“ der Grenzstaaten zu besorgen sei, daß in der zweiten wegen ihres Auftrages durch Delegation und beschränkter Competenz der Particularismus sich breit machen müßte, daß das letztere zufolge seiner Zusammensetzung und Competenz keinen wirksamen Schuß für die verfassungsmäßigen Zustände der Einzelstaaten biete, daß endlich in allen diesen die Gefahr gegeben sei, sie möchten sich gegen die freiherrliche Entwicklung der Einzelstaaten kehren. Herr v. Widenbrugg sagt die Sache anders aus. Ihm räth er ein, daß eine collegiale Centralgewalt an sich nicht die Kraft in sich schließt, welche die formale Einheit geben könne; insofern stützen sich die letztere bei uns nun einmal alle Voraussetzungen, bei und würde jede exclusive Hegemonie, möge sie in Oesterreich oder Preußens Händen liegen, gleichbedeutend mit Theilung und Unterang Deutschlands, also mit seiner äußersten Schwächung sein. Das Directorium, in Verbindung mit den von der Volksoverretung ausgehenden Anruppen, gewöhre im Wesentlichen das, was wir bei unsem Staatenverände erreichen könnten. Der Reichsrath biete, mit der jetzigen Bundesversammlung verglichen, eine große Vereinfachung der Stimmen und Vertheilung. Organische Institutionen z. B. könnten mit einfacher Stimmenmehrheit eingeführt werden; übrigens gese ein Antrag des Ausschusses dahin, daß auch Veränderungen der Bundesverfassung nicht an Stimmeneinheit gebunden sein sollen, sondern hierfür (wie Art. 11 des ursprünglichen Entwurfs auch gewollt) 17 unter 21 Stimmen genügen möchten. Was ferner die Volksoverretung anlangt, so macht Herr v. Widenbrugg auf den dadurch im deutschen Staatsrechte befestigten, immerhin großartigen Grund-

stich aufmerksam, daß zum ersten Male alle selbstständigen Elemente der Nation auf fester rechtlicher Grundlage vereinigt werden sollen und daß dadurch die deutsche Nation als ein Ganzes auf die politische Weltbühne eingeführt werde. Das unbeschränkte Petitionsrecht dieser nationalen Körperschaft in allen großen Fragen sei der einzige Kern der Reformacte, und wenn man nicht vertrauen wolle, daß aus diesem Kerne sich eine wahrhaft nationale Thätigkeit entwickle, so müsse man fürchten, daß es überhaupt kein Heilmittel für unsre Schäden gebe. Außer dieser allgemeinen nationalen Bedeutung der Volksoverretung sagt Herr v. Widenbrugg noch besonders ihre von den Einzelstammern unabhängige Competenz in wichtigen Gegenständen gemeinsamer Gesetzgebung, z. B. bezüglich des Heimathrechts, ins Auge und ihre mit den Einzelstammern vermittelnde Stellung für die Ausbühnung möglicher Rechtsähnlichkeit auf andern Feldern der Gesetzgebung. Bezüglich der Wirksamkeit der Vertretung in Finanzsachen begründet der Redner das im Ausschusse antrage aufgestellte Verlangen nach Wiederherstellung des vollen Einflusses der Vertretung, wie er in dem ursprünglichen Entwurfe der Reformacte (Art. 4) enthalten gewesen sei. Auch die andern beiden Anträge des Ausschusses wegen regelmäßiger sich das zweite Jahr (statt wie die Reformacte will, erst im dritten Jahre) wiederholender Einberufung der Vertretung, sowie die Befestigung des Grundgesetzes, daß im Falle der Auflösung Neuwahlen binnen einer gewissen Zeit vorzunehmen sind, stehen nicht in Disharmonie weder mit dem im Allgemeinen durch die Reformacte der Vertretung angemessenen Stellung, noch mit dem in Deutschlands Staaten eingebürgerten öffentlichen Rechte. Sodann betrachtet Herr v. Widenbrugg die Zusammensetzung der Volksoverretung und das Princip ihrer Bildung. Bezüglich der ersten habe man liberaleitsit Anstoß genommen daran, daß auch aus den Einzelstaaten Delegationen stattfinden solle. Dem läßt er entgegen, daß, wenn dies nicht der Fall wäre, nimmwweh die Einzelstammern Deutschlands ihre Zustimmung zu der Reform geben haben würden; überaus würde mit dem Ausschusse der Einzelstammern ein so radikales neues Princip eingeführt, daß es sich nicht mehr um Reform gehandelt haben würde, sondern um eine radicale Schöpfung, welche wegen Mangel inneren Zusammenhangs mit dem in Deutschlands Staaten herrschenden öffentlichen Rechte entweder selbst zerfallen oder das letztere umstürzen müßte. Hr. v. W. hätte unjrer Meinung nach neben dem Hinweis auf die Gefahren bei Ausschluß der Einzelstammern auch noch hervorheben können, daß man ohne die Delegation seitens der Einzelstammern ein sehr wichtiges Element des deutschen Volksoverretung unvertreten lasse, daß es ein Mangel, mindestens eine Unbilligkeit sein würde, von zwei in den Einzelstaaten gleichberechtigten Factoren hier einen ausschließen zu wollen. Das Princip der Delegation betreffend, führt Hr. v. W. aus, daß directe Wahlen nur zu leicht eine Vertretung schaffen würden, welche, isolirt von den übrigen deutschen constitutionellen Organismen, wie sie sei, zu Forderungen sich genügt sehe, die nicht erfüllbar seien, daß sich dann entweder eine reale Impotenz der Vertretung herausbilden, oder ein Revolutionärsinstrument sich gestalten würde, das Alles aus Spiel setze. Hierbei weist Hr. v. W. einen scharfen Blick auf das Widersprechende und Unnatürliche der preussischen Forderungen, welche einerseits durch denartige Veto's das Directorium lahm legen und überhaupt Bedenken tragen, die Competenz der gemeinschaftlichen deutschen Organe über das Maß des Bundesrats hinaus zu erweitern — und andererseits doch eine Volksoverretung aus allgemeinen Wahlen als notwendig ansahen! Das Bundesgericht wird vom Redner nur kurz berührt. In der That verdienen die selbstständigen deutschen Organe über das Maß des Bundesrats hinaus zu erweitern — und andererseits doch eine Volksoverretung aus allgemeinen Wahlen als notwendig ansahen! Das Bundesgericht wird vom Redner nur kurz berührt. In der That verdienen die selbstständigen deutschen Organe über das Maß des Bundesrats hinaus zu erweitern — und andererseits doch eine Volksoverretung aus allgemeinen Wahlen als notwendig ansahen! Das Bundesgericht wird vom Redner nur kurz berührt. In der That verdienen die selbstständigen deutschen Organe über das Maß des Bundesrats hinaus zu erweitern — und andererseits doch eine Volksoverretung aus allgemeinen Wahlen als notwendig ansahen!

Nachdem Hr. v. W. so die Grundprincipien der Reformacte erörtert und damit die Bemerkungen, nach denen sie gegen jetzt, nichts bessern sollte, zurückgewiesen, kommt er direct auf die Tath der kleindeutschen Gegner zu sprechen. Er weist ihnen vor, nicht offen zu sein, nicht etlich die Reformacte kritisch zu haben. Inhalt vorzugeben, daß dieselbe nichts besser in dem höchsten Zustande, ein Vergehen, das unmöglich aufrichtig angeführt werden könne, hätten sie so ehrlich sein sollen, zu sagen: wir wollen keine Verbesserung der jetzigen Sonderverbände, sondern gerade die Unbrauchbarkeit derselben ist unser Agitationsmittel, mit Hilfe dessen wir auf den Umsturz, das Chaos, den Bürgerkrieg hinwirken, in dem wir unser Ziel zu erreichen hoffen. — Betreu dem Grundsatze, daß die Nationaloerretung am Bunde im organischen Zusammenhänge mit den staatlichen Zuständen der Einzel-

Feuilleton.

β Chemnitz. Außer den Symphonie-Concerten des Stadtorchesters, welche fast wöchentlich stattfinden und bei den trefflichen Leistungen, die geboten werden, ein Publikum lebhaften Anklang finden, haben wir seit im Monat September mehrere größere musikalische Productionen gehabt, die einer großen Ermüdung werth sind. Zunächst ein geistliches Vocal- und Organconcert in der Jakobikirche, veranstaltet am 10. Sept. vom Musikdirector Böhmig aus Köln, wobei der Concertführer von einer Sängerin und einem hübschen Männeconcerte unterstützt ward. Die Leistungen des Concertgebers Compositionen von Ritter, Gräbmaier, Seb. Bach und (zwei) waren im Allgemeinen sehr beschreibend, das Concert erfreute sich aber keines starken Besuchs, was nicht Wunder nehmen konnte, da dergleichen Concerte seit im Hiersein des Musikdirectors Schneider dem Publikum (fast) und zwar unentgeltlich, geboten werden. Am 11. September wiederholte Musikdirector Schneider mit Einigungsbemerkung, den drei Kirchenchören und dem genannten Orchester in der Jakobikirche das „Requiem“ von Mozart, das bereits am Chorfreitage zur Aufführung gekommen war. Vorher wurde noch eine doppelte Motette von Seb. Bach zu Gehör gebracht. Die Production war eine überaus gelungene, und es hätte das Concert ebenso einer trefflichen Leistung wegen, als zu Rücksicht auf den guten Zweck — die Einnahme war in die Stadtbesuchlische Chorführung bestimmt — eine höhere Theilnahme seitens des Publicums verdient. Das frühere Musikfesters Saupé, brach in einem Concerte am 14. October, in welchem neben Orchesterwerken mehrere Vocalstücke (Käufersene aus „Tell“, Eper und

Literatur. Von dem an der Universität Leipzig doctoren Dr. Julius Fähr, welcher schon seit langer Zeit auf dem Felde der orientalischen Philologie in einer Weise thätig ist, die ihm mit Recht die allgemeine Anerkennung erworben hat, sind neuerdings zwei größere Werke erschienen, die von einer weittragenden Bedeutung in diesem Felde sind. Wir meinen erstens sein bei Teubner in Leipzig erschienenenes großes „hebräisches und chaldäisches Handwörterbuch“, welches neben einer Fülle von Studien zugleich ein neues Werk eines Geschichtes der hebräischen Lexikographie bietet und schon nach Jahresfrist in einer zweiten Auflage herausgekommen ist — ein gewiß erfreulicher Erfolg. Das zweite Werk, welches wir im Sinne haben, ist die bei W. Engelmann in Leipzig verlegte „Bibliotheca Judaica“, eine Arbeit des anhaltendsten Sammelstüdes, in deren drei Bänden zum ersten Male ein gegen 18,000 Nummern umfassendes bibliographisches Handbuch der das Judenthum betreffenden Literatur nebst einer Geschichte der jüdischen Bibliographie geboten wird. Für die einmal beschränkten sind und darauf, in diesen beiden hervorragenden Arbeiten des der Hochschule unsem Vaterlandes angehörigen Gelehrten in Kürze zu berichten und ihm Genußgung für sein bisheriges, wenig öffentliches Wirken sowie reiche Aufmunterung zu fernern Schaffen zu wünschen.

* Friedrich Rückert's „Weisheit der Brahmanen“, ein bisher noch unübertroffenes Lehrgebieth, liegt gegenwärtig in fünfter Auflage vor.

Frankreich. Nach archaischen Quellen. Leipzig, B. Teubner. — Sigmond Engländer: Geschichte der französischen Arbeiterassocialtionen. Hamburg, Hoffmann und Campe. — E. Cholevitz: Antiquarische und historische Einleitung nebst fortlaufender Erläuterung zu Goethe's „Hermann und Dorothea“. Leipzig, Teubner. — Dr. J. Sigwardt. Geschichte der bildenden Künste im Königreiche Bayern von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart, Cotta. — J. Baumüller: Geschichte des Alterthums. Erster Theil. Freiburg, Herder. — Heinrich v. Stein: Johann Georg Hamann. Vortrag. Schworn, Stiller. — Dr. G. B. Ruetz: Ueber die Entstehung der Seele vom naturwissenschaftlichen Standpunkte. Leipzig, Teubner. — J. Janssen: Schüler als Historiker. Freiburg, Herder. — V. L. Culmann: Die christliche Ethik. Erster Theil. Stuttgart, Steinfopf. — N. H. Hieck: Gesammelte Aufsätze zur deutschen Literatur, Herausgegeben von G. Wendt. Bonn, Grete. — Christian Wilhelm Huselands: Eine Selbstbiographie, mitgetheilt von Göttschen. Berlin, Reimer. — Adolph Douai: Land und Leute in der Ucker, Berlin, Janké. — Fr. Schönweth: Aus der Oberpfalz. Sitten und Sagen. Augsburg, Neiger. — A. Hettinger: Apologie des Christenthums. Erster Band. Freiburg, Herder. — V. Bauer: Freimaurer, Jesuiten und Illuminaten, in ihrem geschichtlichen Zusammenhänge. Berlin, Behrke. — Dr. Wilhelm Log: Statistik der deutschen Kunst des Mittelalters und sechzehnten Jahrhunderts. Kassel, T. Fischer. — Dr. Karl Müller: Cook, der Weltumsegler. Leipzig, Spamer. — Karl Frenzel: Balthasar. Ein Roman. Hannover, Rümpler. — Wilhelm Grothe: Ein Dämon. Roman aus der Zeit der Napoleonischen Herrschaft. Berlin, Grothe.

